

TOGI Newsletter

35 | Herbst 2017

In dieser Ausgabe

1	Vorwort	1
2	Neue wissenschaftliche Mitarbeiter: Jan Etscheid und Andreas Krümtung	2
3	Neues Forschungsprojekt „Geschäftsfeldentwicklung rund um Geodaten aus staatlicher Sicht“	3
4	Bundesregierung beschließt Nationalen Aktionsplan Open Government	4
5	Open Government in den Wahlkampfprogrammen zur Bundestagswahl.....	5
6	Strategie Digital@bw und Wettbewerb Zukunftskommune	6
7	Relaunch von Togi.zu.de, Togi.Zeppelin-university.com & TosiT.org	8
8	Publikationen.....	9
9	Vorträge und Diskussionen.....	10
10	Medienspiegel	11
11	Ausblick, Aktivitäten & Termine.....	11
12	Impressum.....	12

1 Vorwort

Die [Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am ersten Herbstwochenende](#) markiert einen kleinen Wechsel. Vorbei sein werden die ruhigen Zeiten eines [Bundestagswahlkampfes auf Kuschelkurs](#), in dem die Digitalisierung kaum eine Rolle spielte und im TV-Duell sogar gänzlich unerwähnt blieb. Auch der Mitte August 2017 beschlossene [Erste Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Open Government Partnership](#) und seine Verpflichtungen sind bisher kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden. In unserer [Analyse zur Bundestagswahl](#) konnten wir zumindest aufzeigen, dass sich Ansätze für ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln in den Wahlprogrammen der Parteien wiederfinden, wenn auch in unterschiedlicher Qualität und divergierenden Schwerpunkten. Nach der Wahl wird rasch bekannt sein, wie sich der Deutsche Bundestag und die neue Bundesregierung zusammensetzen werden und welche der Parteien den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin stellen wird. In den anstehenden Koalitionsverhandlungen geht es dann zunächst um die Inhalte und später um die treibenden Personen. Und spätestens dann muss sich zeigen, ob die Digitalisierung ernsthaft zur Chefsache wird, ob in modernste [10-Gigabit/s-Infrastruktur](#) investiert werden soll, wie digitale Innovationen gefördert werden und wie der digitale Wandel politisch zu gestalten ist. So gilt es endlich die [Digitalisierung der Bildung](#) voranzubringen, mit einem [Portalverbund](#) ernsthaft für die Vernetzung von Behörden zu sorgen und den [digitalen Binnenmarkt für Europa](#) zu vollenden. In Zeiten von Smart Government wird sich dann auch zeigen müssen, wie öffentlich, offen, transparent und zugänglich smarte Behörden, smarte Städte und smarte Regionen sein werden. Hoffentlich wird dabei der smarte Bürger nicht vergessen. Gespannt werden wir die neuen Debatten verfolgen und auf den Abschluss der Koalitionsverhandlungen im November oder Dezember 2017 und die neuen Akteure warten, ehe es auf Bundesebene mit einem neuen Arbeitsprogramm weitergehen kann.

Woanders bleibt die Zeit natürlich nicht stehen. Im Rahmen meiner Smart Government Forschungsreise besuche ich derzeit Südkorea und bekomme Einblicke in unsere Welt von Morgen. Hier gibt es landesweit verteilt bereits 46 smarte Städte mit unterschiedlichen Kompetenzclustern. Neben dem gezielten Aufbau von Trabantenstädten, Gewerbegebieten und Freihandelszonen werden hier vernetzte Städte auf der grünen Wiese oder sogar im Wattenmeer errichtet. In der [Freihandelszone Incheon](#) entstand seit 2003 die [IFEZ Smart City](#) mit [zahlreichen digitalen Verwaltungsdiensten](#), aber auch einem städtischen [Überwachungszentrum](#) im Zweischichten-Betrieb. [Smarte Kameras sorgen für Sicherheit. Die Polizei wird nur noch bei Bedarf hinzugezogen.](#) Die Bürger fühlen sich so gut geschützt und stets informiert. Die Kriminalitätsrate ist außerordentlich niedrig, die Bewohner sehr zufrieden und die Immobilienpreise steigen weiter. Schöne neue Welt?! In [Sejong](#) wurde seit 2006 um ein mehr als [3 Kilometer langes, neu errichtetes Bundesverwaltungsgebäude](#) ebenfalls eine komplett neue Verwaltungsstadt mit zahlreichen Wohntürmen errichtet. Dieser Ort liegt zentral in Südkorea und ist im Gegensatz zur 25 Mio.-Metropole Seoul von überall her im Lande binnen zwei Stunden zu erreichen. [Smarte Arbeitsplätze zur Telearbeit sind in der Nationalverwaltung hier eine Selbstverständlichkeit](#), auch wenn weiterhin Dienstreisen nach Seoul anfallen. Für die offene Zusammenarbeit zum Aufbau von Zukunftsstädten mit Unternehmenskonsortien stehen die IoT-Testregionen [Smart Daegu](#), [Smart City Busan](#) und [Haeundae Smart City](#). Bei einer solchen Vielfalt überrascht es nicht, dass in Südkorea bereits an der vierten Generation von Zukunftsstädten gearbeitet wird: Städte, in denen nicht nur auf (1) Internet-Breitband, auf (2) Sensoren oder auf (3) Big Data gesetzt wird, sondern in denen nun auch (4) künstliche Intelligenz verwendet werden soll, um die Lebensqualität der Bürger spürbar zu erhöhen und die Standortqualität für die Unternehmen zu verbessern. Mit [SeoulSolution](#) versteckt sich da auch die Hauptstadt Koreas keineswegs. Insofern ist es höchste Zeit, dass wir uns auch in Baden-Württemberg diesen Herausforderungen stellen. Das Land hat nach der [Verkündung seiner Digitalisierungsstrategie digital@bw im Juli 2017](#) nun den [Ideenwettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw“](#) ausgeschrieben, mit dem bis zu vier Vorreiterstädte für eine bürgerorientierte Zukunftsstadt und 50 Kommunen für die Erarbeitung von Digitalisierungsstrategien gesucht werden. Wir müssen uns diesen Herausforderungen dringend stellen, denn [„Die Digitalisierung geht nicht mehr weg!“ \(OB Gunter Czisch aus Ulm\)](#) und wenn wir sie nicht gestalten, wird sie eben anderswo für uns gestaltet. Und das darf uns, so meine Meinung, nicht passieren. Wir müssen also wieder den Anschluss finden. Gerne halte ich Sie über meine weiteren Eindrücke meines Forschungssemesters aus Japan, Dubai und Australien auf dem Laufenden.

Ihr Jörn von Lucke

↑ [Zum Anfang](#) ↑

2 Neue wissenschaftliche Mitarbeiter: Jan Etscheid und Andreas Krumtung

Zum 01. August 2017 durften wir mit Jan Etscheid und zum 01. September 2017 mit Andreas Krumtung zwei erfolgreiche Absolventen des [Masterprogramms PAIR an der Zeppelin Universität](#) als neue wissenschaftliche Mitarbeiter am The Open Government Institute willkommen heißen. Sie werden uns beide in den kommenden Jahren in Projekten und im Tagesgeschäft tatkräftig unterstützen.



Jan Etscheid

Jan Etscheid (MA) graduierte mit einer Master Thesis zum Thema „Potentiale und Chancen der elektronischen Aktenführung“. Vor seinem Masterabschluss an der ZU mit Auslandsaufenthalten in Bukarest, London und Zürich studierte er Staatswissenschaften in Passau. Sein Schwerpunkt für die kommenden Jahre liegt auf der intelligenten Vernetzung des Verwaltungshandelns und dem Einsatz künstlicher Intelligenz.

Andreas Krumtung (Dipl.-Volkswirt, MA) bleibt uns als akademischer Mitarbeiter ebenfalls erhalten. Er schloss den Studiengang Politics, Administration & International Relations mit einer Thesis zum Thema: „Potenziale und Herausforderungen

smarter Mobilität für Kommunen“ ab. Vor seinem Masterstudium an der ZU studierte er Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg und arbeitete im Bereich des militärischen Nachrichtenwesens in verschiedenen Positionen für die Deutsche Marine. Herr Krumtung arbeitet im Forschungsprojekt „Geschäftsfeldentwicklung rund um Geodaten aus staatlicher Sicht“.

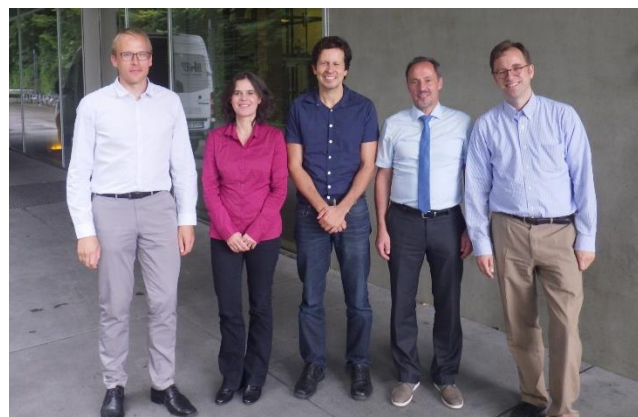


Andreas Krumtung

↑ **Zum Anfang** ↑

3 Neues Forschungsprojekt „Geschäftsfeldentwicklung rund um Geodaten aus staatlicher Sicht“

Studien zu künftigen Potentialen von Geodaten und offenen Geodaten waren bislang vornehmlich auf die Geowirtschaft und Unternehmen ausgerichtet. Der Blickwinkel einer staatlich geprägten Geschäftsfeldentwicklung, welche das Potential vor allem offener Geodaten berücksichtigt, kam dabei meist zu kurz. Ziel des TOGI im Forschungsvorhaben „Geschäftsfeldentwicklung rund um Geodaten aus staatlicher Sicht“ ist es, Ansätze für eine gestaltungsorientierte Geschäftsfeldentwicklung aus staatlicher Sicht zu skizzieren. Dabei müssen aktuelle Trends und Entwicklungen



Kick-Off-Workshop an der Zeppelin Universität am 01.09.2017.

durch Open Government, Open Data und Smart Government genauso berücksichtigt werden, wie die Interessen der Vermessungsverwaltung und ihre öffentlichen Aufgaben. Dazu werden in den kommenden zwei Jahren bisherige internationale und nationale Open-Geo-Data Aktivitäten erfasst und Potentiale datengetriebener Innovationsansätze für die öffentliche Verwaltung identifiziert. Darüber hinaus sollen Geschäftsmodellinnovationen und neue Anwendungsfelder auf Basis von Geodaten aus staatlicher Sicht ausfindig gemacht und definiert werden. Auftraggeber für das zweijährige

Forschungsprojekt sind das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (NMIS) und das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN).

Gleich am 01.09.2017 begann das Projekt mit einem Auftaktworkshop an die Zeppelin-Universität. Mitarbeiter des NMIS und LGLN folgten der Einladung des TOGI nach Friedrichshafen. In ersten Sitzungen wurden die anstehenden Aufgaben gemeinsam reflektiert, gegenseitige Erwartungen kommuniziert und erste Ideen für die künftige Entwicklung der Vermessungsverwaltung in Niedersachsen gesammelt. Herr Krümmung bearbeitet das gemeinsame Forschungsvorhaben von Seiten der Zeppelin Universität.

↑ [Zum Anfang](#) ↑

4 Bundesregierung beschließt Nationalen Aktionsplan Open Government

Nach dem Beitritt zur Open Government Partnership im Dezember 2016 beschloss die Bundesregierung, etwas verspätet, Mitte August 2017 ihren ersten eigenen Nationalen Aktionsplan zur Open Government Partnership. Er enthält 15 Verpflichtungen für die kommenden zwei Jahre. Damit unternimmt man einen wichtigen Schritt, um Open Government in Deutschland zu stärken.

Der erste NAP bietet einerseits eine Reflexion des bisher auf dem Gebiet des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns Erreichten sowie andererseits eine Grundlage für die weitere Förderung von Open Government. Die 15 Verpflichtungen umfassen ein weites Spektrum an Themenfeldern. Mit der ersten Verpflichtung sollen geeignete Rahmenbedingungen für die OGP-Teilnahme geschaffen werden. Dabei möchte man Erarbeitungs- und Evaluierungsprozesse inklusiver, geregelter und transparenter gestalten. Als konkrete Maßnahme wird dazu auch die Einrichtung einer offiziellen deutschen OGP Website mit der Möglichkeit zur Online-Beteiligung gezählt.

Die Transparenz des Regierungs- und Verwaltungshandelns wird durch fünf Verpflichtungen angesprochen. Neben der Erhöhung der Transparenz und Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor wird auch die Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit thematisiert. Beide Forderungen wurden durch den Arbeitskreis OGP eingebracht. Interessanterweise finden sich im Aktionsplan auch die Digitalisierung familienbezogener Leistungen und als konkrete Maßnahme die Online-Beantragung von Elterngeld. Damit beschränken sich die Forderungen nicht nur auf den Themenbereich einer Öffnung, sondern sie werden auch mit der Digitalisierung von Prozessen verknüpft. Dies zeigt sich auch an der Verpflichtung, die Entwicklung des Frauen- und Männeranteils an Führungsebenen zu monitorieren. Dabei sollen die Daten nicht nur erhoben, sondern auch über das Internet öffentlich zugänglich gemacht werden. Allgemeiner wirkt hingegen die Verpflichtung ein Wissensnetz für homo-, bi- sowie trans- und intersexuelle bzw. -geschlechtliche Menschen einzurichten. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um ein Portal zur Bereitstellung von Informationen durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), nicht jedoch um den offenen Aufbau einer gemeinsamen Wissensbasis für Regierung, Verwaltung und Bevölkerung.

Die Stärkung der Bürgerbeteiligung erfolgt im Kontext der Umwelt und Stadtentwicklung. Die in diesem Bereich bereits entwickelten und zu entwickelnden Beteiligungsmöglichkeiten sollen im Anschluss durch weitere Akteure genutzt werden können. Onlinebeteiligung wird dabei jedoch nur als ein Beispiel und nicht als Mittelpunkt der Aktivitäten genannt. Die Zusammenarbeit im Verwaltungshandeln findet hingegen stärkere Erwähnung. Neben der Stärkung lokaler Bündnisse für Familien sollen durch das Wissenschaftsjahr Forschung und Wissenschaft mit der Zivilgesellschaft stärker verknüpft werden. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt auch der Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand

in Hand“, wodurch die Vernetzung von Kommunen als lokale Managementebene mit engagierten Bürgern verbessert werden soll.

Eine wichtige Rolle im ersten Aktionsplan spielt Open Data. Dabei möchte die Bundesregierung Vorreiter bei Open Data werden und daher ein dafür notwendiges Umfeld fördern. Explizit thematisiert werden dabei offene Geodaten sowie Open Data im Kontext der intelligenten Mobilität. Auch zu Open Access findet sich eine Forderung, nach welcher der freie Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen als Standard etabliert werden soll.

Der Erste Nationale Aktionsplan zur Open Government Partnership bildet in der Gesamtbetrachtung einen ersten Schritt hin zu einer stärkeren Öffnung von Regierungs- und Verwaltungshandeln. Der Plan enthält dabei eine Mischung allgemein gehaltener sowie gleichzeitig konkret umsetzbarer Verpflichtungen der Bundesebene. In der Zukunft können diese die Grundlage für weitergehende Ansätze bilden. Die Erreichung der gesteckten Ziele wird somit auch wesentlichen Einfluss auf den für 2019 geplanten zweiten Aktionsplan haben, in dessen Gestaltung auch die Länder und die Kommunen über den IT-Planungsrat eingebunden werden sollen.

↑ **Zum Anfang** ↑

5 Open Government in den Wahlkampfprogrammen zur Bundestagswahl

Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft setzen sich ganz unterschiedlich für Transparenz, Bürgerbeteiligung und digitale Formen der Zusammenarbeit ein. Im August 2017 beschloss und veröffentlichte die Bundesregierung [noch weitgehend unbemerkt ihren ersten eigenen Nationalen Aktionsplan zur Open Government Partnership mit 15 Verpflichtungen](#). Weitere konkrete Vorschläge für ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln finden sich bereits in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten vom The Open Government Institute (TOGI) der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.

Das offene Regierungs- und Verwaltungshandeln hat sich in den vergangenen Jahren zu einem internationalen Trend der Öffnung und Verwaltungsmodernisierung entwickelt. Dieser wird von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vor allem durch die Möglichkeiten des Internets und der Social Media vorangetrieben. Tatsächlich lassen sich in allen Wahlprogrammen bereits Teilaspekte einer solchen Öffnung finden. Die Parteien legen jedoch ganz unterschiedliche Schwerpunkte in Ausprägung und Qualität. Den neun analysierten Parteien kann die Untersuchung damit eine unterschiedliche Wertschätzung von Open Government bescheinigen.

CDU/CSU positionieren die Digitalisierung zwar als Chefsache, richten ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln bisher jedoch eher auf Open Data aus. Die SPD mahnt mehr Offenheit bei politischen Entscheidungen an. Sie möchte die Transparenz des staatlichen Handelns verbessern. Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, Die Linke, Piratenpartei und SPD setzen auf ein verpflichtendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag sowie den legislativen Fußabdruck. Auch ein Transparenzgesetz wird von einigen Parteien vorgeschlagen. Die FDP fordert eine Open-Data- und Open-Government-Strategie für Deutschland. Die Freien Wähler wollen, dass Deutschland nach dem zögerlichen Beitritt zur internationalen Open Government Partnership (OGP) seine dortige Mitgliedschaft mit Leben füllt. Die meisten Vorschläge zu Open Government finden sich (in abnehmender Reihenfolge) in den Wahlkampfprogrammen der Piratenpartei, Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und der SPD. Eine geringere Rolle spielt es dagegen bei FDP, CDU/CSU, Freien Wählern und der AfD.

Die Untersuchung verdeutlicht, dass die Parteien die Digitalisierung nicht nur als eigenständige Thematik begreifen, sondern auch eine Vernetzung mit weiteren Handlungsfeldern herstellen. Die Digitalisierung eröffnet neuartige Ansatzpunkte für eine bürgernahe Verwaltung. Mit Blick auf ihre Wählergruppen identifizieren die Parteien nun divergierende Themenschwerpunkte. Analysiert wurden acht Wahlprogramme in zehn Themenfeldern. Diesen werden die im ersten Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung formulierten Verpflichtungen gegenübergestellt. Ein kompakter Vergleich der wesentlichen Forderungen zu Open Government schließt die Analyse ab.

„Staat und Verwaltung haben sich in den vergangenen Jahren schon geöffnet und verändert.“ führt Professor Jörn von Lucke als Leiter der Studie aus. „Die Bundesregierung hat sich nun mit dem Nationalen Aktionsplan zur Open Government Partnership verpflichtet, bis 2019 eigene Akzente zu setzen und in einen Dialog mit Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft einzusteigen. Das ist mehr als begrüßenswert. Die Parteien beleben jetzt die politische Debatte. Die Analyse aller acht Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 zeigt, dass die künftige Bundesregierung von Beginn an auf ein breites Reservoir an weiteren Vorschlägen zurückgreifen kann. Sie tut gut daran, alle diese Vorschläge auch zu reflektieren, ehe der Koalitionsvertrag verhandelt und weitere Nationale Aktionspläne mit Ländern und Kommunen beschlossen werden.“

[Das gesamte Gutachten zum Download](#)

↑ **Zum Anfang** ↑

6 Strategie Digital@bw und Wettbewerb Zukunftskommune

(ZU Daily) Die grün-schwarze [Landesregierung in Baden-Württemberg](#) hat Mitte Juli 2017 ihre [Digitalisierungsstrategie digital@bw](#) beschlossen und vorgestellt. Sie ist die [Antwort des Landes](#), insbesondere des Digitalisierungsministers Thomas Strobl und seiner Stabsstelle für Digitalisierung, [auf die Herausforderungen der Digitalisierung](#). Vorhergegangen war ein rund einjähriger Abstimmungsprozess mit einem Kabinettsausschuss Digitalisierung und mit allen Ressorts, mit zahlreichen runden Tischen und mit anderen realen und elektronischen Beteiligungsformaten, um auf die Besonderheiten und Anforderungen der Verwaltung, der Wirtschaft und der Bürger in Baden-Württemberg ganz im Sinne einer Politik des Gehörtwerdens angemessen eingehen zu können.

Auf Basis des kurzen Leitbildes „Digitalisierung gemeinsam gestalten“ soll die Digitalisierung als Mittel genutzt werden, um vor allem das Leben der Menschen zu verbessern. Die Landesregierung betrachtet die Digitalisierung als eine umfassende politische Gestaltungsaufgabe, die sie nicht alleine angehen, sondern ganz bewusst gemeinsam mit Bürgern, Wirtschaft und Wissenschaft sowie den Kommunen, dem Bund und Europa konzipieren und umsetzen möchte. Dazu setzt sie auf die Fortführung bewährter Maßnahmen, aber auch auf neuartige Ansätze. Zehn Punkte werden dabei als Ziele definiert: Bürgerorientierung, Gestaltung, innovativste Leitregion, gute und menschliche Arbeitsbedingungen sowie ausreichende Arbeitsplätze, Talentförderung, zukunftsfähige Kommunalverwaltungen, Datenschutz, Datensicherheit & Datensouveränität, Kooperation, Finanzbasisverbreiterung und ein Monitoring der Maßnahmen. Eine weitere zentrale Leitlinie ist die „Digitale Nachhaltigkeit“. Die Digitalisierung soll in diesem Sinne auch als Innovations- und Nachhaltigkeitsmotor verstanden werden, um ökonomische, soziale und ökologische Aspekte von Nachhaltigkeit so auszubalancieren, dass das Land zu einer Leitregion intelligenter, ressourcensparender und klimaschonender Technologien wird. Sechs Handlungsfelder und vier Querschnittsaufgaben prägen die programmatischen Inhalte der Strategie. Schwerpunktthemen sind im Automobilland die intelligente Mobilität der Zu-

kunft sowie digitale Start-Ups, die Initiative Wirtschaft 4.0, die Lernplattform Lernen@bw, digitale Gesundheitsanwendungen und die digitale Zukunftskommune@bw. Zu den Querschnittsthemen zählen die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation, ein breitbandiges Internet im Gigabit-Zeitalter, die Nachhaltigkeit sowie Datensicherheit, Datenschutz und Verbraucherschutz.

Die Digitalisierung sei nach Aussagen der Landesregierung eine echte Querschnittsaufgabe, die nicht an den Ressortgrenzen der Ministerien Halt macht. Mit Blick auf die Verwaltung sollen die elektronische Akte und der elektronische Rechtsverkehr flächendeckend eingeführt, das Portal service-bw ausgebaut, eine Geodateninfrastruktur etabliert, neue wissenschaftliche Datenzentren eröffnet, eine EducationCloud und eine bwHealthCloud aufgebaut, eine Cyberwehr geschaffen und mit Cyber-Labs neuartige Experimentierräume eingerichtet werden. Die Ministerien wollen diese Leuchtturm- und Modellvorhaben gemeinsam umsetzen, dabei ihre Kräfte bündeln und sich stärker miteinander vernetzen. Solche ambitionierten Vorhaben sind dringend erforderlich, aber auch nicht-trivial in der Umsetzung und eine echte Herausforderung für jede Organisationsentwicklung.

Themen eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns spielen in der Strategie nur eine untergeordnete Rolle. Auf eine Verwendung des Schlagworts „Open Government“ wurde verzichtet. Ansätze zur Stärkung von Transparenz (in Wissenschaft, Umwelt und beim Verbraucherschutz), Bürgerbeteiligung (bei Planungs- und Genehmigungsverfahren), Zusammenarbeit (bei Natur, Umwelt und Cyberangriffen), offenen Bildungsmedien und Open Innovation (Hackathons, Maker-Spaces und Ideenwettbewerbe) sind vorhanden. Auf Basis eines Open Data Gesetzes soll ein Datenportal eingerichtet und offene Datenbestände im Land sowie auf kommunaler Ebene erschlossen werden, allerdings ohne explizit auf eine Öffnung von Haushaltsdaten und Haushaltssystemen einzugehen.

Als Leitbild eines intelligent vernetzten Regierungs- und Verwaltungshandelns (Smart Government) wird erneut auf den Koalitionsvertrag Bezug genommen: „Wir wollen Baden-Württemberg zum Vorreiter für digitale Dienste einer modernen und bürgernahen Verwaltung 4.0 machen. (...) Unser Ziel ist die Verwaltung 4.0, ein moderner und bürgernaher Service, den alle von Zuhause oder von unterwegs nutzen können.“ Diese Vorgaben irritieren, denn die Erfolge von [Landesportals service-bw](#) unterstreichen, dass das so formulierte Ziel einer Verwaltung 1.0 schon gut erfüllt wird. Zur weiteren Konkretisierung einer Verwaltung 4.0 im Sinne von Smart Government finden sich erste Vorgaben wie etwa zur smarten Bearbeitung von Steuererklärungen, intelligente Assistenzsysteme und interoperable Bürgerkonten. Zugleich möchte Baden-Württemberg bei der Künstlichen Intelligenz, bei der 5G-Entwicklung und dem Internet der Dinge (Smart Home, Industrie 4.0, E-Health, Smarte Brillen) an der Weltspitze stehen. Für solche, zu Recht gewählten, anspruchsvollen Forschungsfelder müssen dann auch Fördermittel vom Land und von privaten Förderern im angemessenen Umfang zur Verfügung gestellt werden, wenn diesen Ankündigungen konkrete Taten von Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft folgen sollen.

1 Milliarde EUR möchte der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration in den kommenden vier Jahren für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie und der digitalen Leitregion Baden-Württemberg bereitstellen. Dazu werden Minister Strobl als stellvertretender Ministerpräsident und seine Verhandlungskraft auch benötigt. In finanziell schwierigen Zeiten von Schuldenbremse und zunehmenden Pensionslasten ist es alles andere als selbstverständlich, umfangreiche Mittel für neue, zusätzliche Programme zur Verfügung zu stellen. In einem ist sich die grün-schwarze Landesregierung aber von Anfang an einig: Die transformierende Wirkung der Digitalisierung bedroht die Grundlagen von Wachstum und Wohlstand im Ländle. Sollten die Industrie, die Wirtschaft und die Wissenschaft den Anschluss an die technische Entwicklung von Industrie 4.0 und autonomen Fahrzeugen verlieren, droht der dauerhafte Verlust von Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven. Das Engagement des

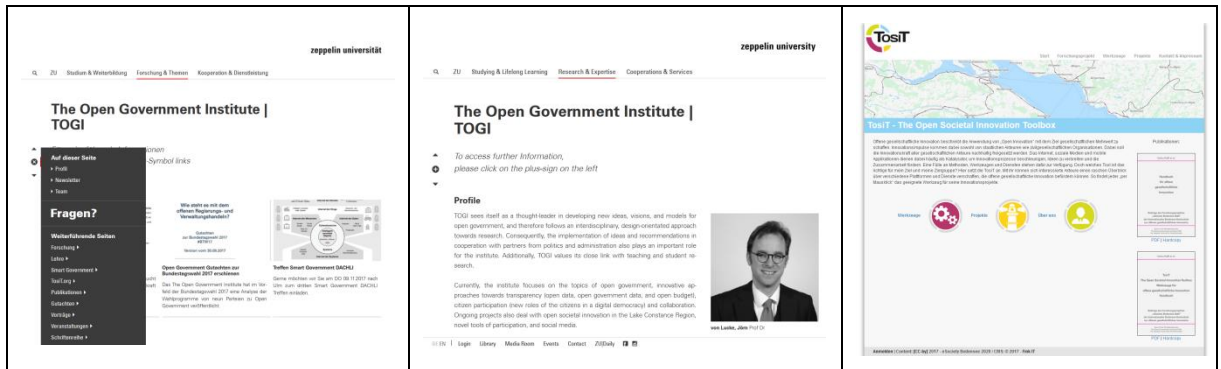
Ministers für aufgabengerechte Budgets zur Digitalisierung in allen Ressorts der Landesregierung ist daher auch in den kommenden Jahren erforderlich, insbesondere wenn er nach der kommenden Landtagswahl das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen gedenkt. Um das Finanzministerium aber nicht über Gebühr zu strapazieren, sollen der Etat um Mittel des Bundes und der Europäischen Union ergänzt werden. Schließlich ist allen Verantwortlichen bewusst, dass für eine glasfaserbasierte intelligente Vernetzung der Städte und des ländlichen Raums die bereitgestellten 225 Millionen EUR kaum ausreichen werden. Auch können die 7 Millionen EUR für die vier Sieger des Wettbewerbs Zukunftskommune@bw und die Erarbeitung von E-Government-Strategien in 50 Kommunen nur der Auftakt zur Finanzierung einer nachhaltigen digitalen Verwaltungsinfrastruktur sein. Schließlich gibt es 1100 Städte und Gemeinden im Land. 100 Städte haben mehr als 20.000 Einwohner. Politik und Verwaltung stehen vor einem Spagat. Sie müssen ernsthaft aufpassen, dass sie einerseits ausreichend Räume für Innovationen schaffen, andererseits sich nicht zu Tode sparen und gleichzeitig mit den vielen Wettbewerben nicht überwiegend nur Verlierer zurücklassen. Der Kampf um die besten Köpfe für die Verwaltung scheint jedoch schon aufgegeben zu sein. Da man diese nicht mehr mit dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gewinnen könne, so Minister Strobl Ende Juli 2017 in Ulm, wird das Land mit Unterstützung der Führungsakademie eine Digitalakademie errichten, um die Mitarbeiter der Landes- und Kommunalverwaltung auf die Digitalisierung und deren Gestaltung intern vorzubereiten. Verwaltungsakademien, Hochschulen, Universitäten und sonstige Anbieter von Aus- und Fortbildung im Land werden hier noch sehr viel stärker in Weiterbildung und Forschung gefordert werden. Zudem wird sich an der Digitalakademie zeigen, wie offen, skalierbar und wiederverwendbar die Lernplattform Lernen@bw im Sinne einer Open Education Cloud wirklich sein wird.

Die Herausforderung der Digitalisierung nehmen wir als [Zeppelin Universität](#) und insbesondere am [The Open Government Institute](#) als Impulsgeber und wissenschaftlicher Partner mit Freude an, denn es geht vor allem darum, mit allen willigen Partnern im Ländle unsere digitalisierte Zukunft jetzt selbst mitzugestalten.

↑ **Zum Anfang** ↑

7 Relaunch von [togi.zu.de](#), [togi.zeppelin-university.com](#) & [TosiT.org](#)

Ein bekanntes Sprichwort verweist darauf, dass neue Besen bekanntlich gut kehren. Pünktlich zum Start des Fall Semesters 2017 haben wir die eigene Website überarbeitet, klarer und übersichtlicher strukturiert sowie mit neuen Inhalten ergänzt. Jan Etscheid hat die ersten Wochen am TOGI genutzt, um mit neuem Blick die vorhandenen Angebote zu restrukturieren. Damit fällt es nun noch leichter, sich über die Arbeit des TOGI zu informieren, Gutachten und Studien zu finden und mit den Forschern in Kontakt zu treten. Zudem wurde der Umfang der englischsprachigen Version deutlich erweitert und um die Kurzdomain [togi.zeppelin-university.com](#) ergänzt.



<http://togi.zu.de>

<http://togi.zeppelin-university.com>

<http://www.tosit.org>

Auch die Toolbox für offene gesellschaftliche Innovationen (TosiT), die auf Grund technischer Probleme einige Wochen nicht zur Verfügung stehen konnte, ist nach einem Update wieder unter der bekannten Adresse <http://www.tosit.org> erreichbar. In der TosiT finden sie mehr als 170 Werkzeuge und mehr als 80 Projekte, die sich mit offener gesellschaftlicher Innovation auseinandersetzen. Sie ist das Ergebnis eines gemeinsamen IBH-Forschungsprojektes mit der Universität Liechtenstein und der Fachhochschule St. Gallen. An dieser Stelle danken wir dem Institut für Wirtschaftsinformatik an der Universität Liechtenstein für die technischen Überarbeitungen. Auf Seiten des TOGI haben Sebastian Fritz und Paul Sradnick die Verantwortung für die TosiT nun übernommen, nachdem der bisherige Projektbearbeiter Alexander Binder Ende August 2017 sein Masterstudium an der Zeppelin Universität erfolgreich abgeschlossen hat. Ihm gilt an dieser Stelle ebenfalls unser herzlichster Dank.

↑ [Zum Anfang](#) ↑

8 Publikationen

Prof. Dr. Jörn von Lucke

- | Eine Open-Data-Kultur erfolgreich aufbauen, in: innovative Verwaltung – Das Fachmedium für erfolgreiches Verwaltungsmanagement, 39. Jahrgang, Heft 7-8, Springer Gabler | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden 2017, S. 34 - 36. ISSN: 1618-9876. ([Online](#))
- | Open Government: „Demokratie heißt zuhören und die Hand reichen.“, in: Verwaltung & Management, 23. Jahrgang, Heft 4, Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, S. 197 - 201. ISSN 0947-9856. ([Online](#))
- | Smart City – Vielfältige Impulse zur kommunalen Vernetzung, in: Behörden Spiegel, Nummer VIII, 33. Jahrgang, ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Berlin und Bonn 2017, S. 27. ISSN 1437-9337.
- | zusammen mit Katharina Große: Open Approaches For Smart Government: Impulses From Germany, in: Revue Internationale de Droit des données et du Numérique / International Journal of Digital and Data Law, Volume 3, Institut du Monde et du développement pour la Bonne Gouvernance Publique, Paris 2017, S. 1 – 18. ISSN: 2553-6893. ([Online](#))
- | zusammen mit Jan Etscheid: Open Government in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017 - Wie steht es mit dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln?, The Open Government Institute, Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH, Friedrichshafen 2017. ([Online](#))
- | Open Government in Deutschland, in: innovative Verwaltung – Das Fachmedium für erfolgreiches Verwaltungsmanagement, 39. Jahrgang, Heft 9, Springer Gabler | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden 2017, S. 42 - 44. ISSN: 1618-9876. ([Online](#))

- | Digitalisierungsstrategie digital@bw - Des Ländle gohd digidal, in: zu | Daily, Zeppelin Universität, Friedrichshafen 2017. ([Online](#))
- | Auf dem Weg zum Smart Government – Gestaltung eines intelligent vernetzten Regierungs- und Verwaltungshandelns, in: eGovPräsenz – Fachzeitschrift des E-Government-Instituts, 17. Jahrgang, Heft 1, Berner Fachhochschule, Bern 2017. S. 31- 32. ISSN: 1424-9723. ([Online](#))

Markus Helfert

- | Zohreh Pourzolfaghar und Markus Helfert: Utilising Latent Data in Smart Buildings: A Process Model to Collect, Analyse and Make Building Data Accessible for Smart Industries, in: FedCSIS - Federated Conference on Computer Science and Information Systems 2017 Proceedings.
- | Markus Helfert, Petter Reinholdtsen und Thomas Sødring: Information Quality Challenges for the Preservation of Norwegian Public Sector Records, in: FedCSIS - Federated Conference on Computer Science and Information Systems 2017 Proceedings.
- | Helfert Markus und Mouzhi Ge: Developing Enterprise Architecture Framework for Metropolitan Area in Smart City, in: Interdisciplinary Information Management Talks, Poděbrady.

↑ **Zum Anfang** ↑

9 Vorträge und Diskussionen

Prof. Dr. Jörn von Lucke

- | Big und Open: Daten als Chance für die Verwaltungsmodernisierung - Impuls zur Open Data Kultur, OpenData.CH Konferenz, Luzern 26.06.2017. ([Online](#))
- | Smart City - Mehr Lebens- und Standortqualität in Städten und Regionen, Baden-Württemberg 4.0 – Staat als Treiber digitaler Innovationen, Impulsvortrag zum Fachforum, Kommunen I – Smart City, Baden-Württemberg 4.0 Fachkongress des Behörden Spiegels, Stuttgart 11.07.2017.
- | Smart Government - Smart Objects, Cyber-Physical Systems and Government IoT change Government, National Information Society Agency, Seoul 05.09.2017.
- | Smart Government - Smart Objects, Cyber-Physical Systems and Government IoT change Government, Incheon National University, Incheon 08.09.2017.
- | Generation Task Digitization - Government in Times of E-Government, Incheon National University, Incheon 08.09.2017.
- | Smart Government in Times of „Industrie 4.0“, Korean Research Institute for Local Administration, Wonju 11.09.2017.
- | Open Government - Impulses from Germany by The Open Government Institute, Korean Research Institute for Local Administration, Wonju 11.09.2017.
- | Smart Government - Smart Objects, Cyber-Physical Systems and Government IoT change Government, Busan Metropolitan City Government, Busan 15.09.2017.
- | Smart Government - Smart Objects, Cyber-Physical Systems and Government IoT change Government, Daegu Metropolitan City Government, Daegu 19.09.2017.
- | Smart Government - Smart Objects, Cyber-Physical Systems and Government IoT change Government, National Information Society Agency, Daegu 20.09.2017.

Markus Helfert

- | Utilising Latent Data in Smart Buildings: A Process Model to Collect, Analyse and Make Building Data Accessible for Smart Industries, FedCSIS - Federated Conference on Computer Science and Information Systems 2017, Prag 03.09.2017.
- | Information Quality Challenges for the Preservation of Norwegian Public Sector Records, FedCSIS - Federated Conference on Computer Science and Information Systems 2017, Prag 06.09.2017.
- | Developing Enterprise Architecture Framework for Metropolitan Area in Smart City, Interdisciplinary Information Management Talks, Poděbrady 08.09.2017.

Jorge Machado

- | Coalizão de 40 entidades apoia projeto de Lei que pede fim à limitação de franquia de dados, Co:Lab, São Paulo 06.06.2017. ([Online](#))
- | Colab endossa manifestação pública da Coalizão Direitos na Rede sobre Consulta da governança da Internet. Co:Lab, São Paulo 11.09.2017. ([Online](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

10 Medienspiegel

- | Verena Barth: Open Government: Erster Nationaler Aktionsplan, in: Kommune 21 – E-Government, Internet und Informationstechnik, K21 Media AG, Esslingen 2017. ([Online](#)).
- | BS: BMI stellt Nationalen Aktionsplan vor, in: Behörden Spiegel Online, Nummer 848, ProPress Verlag, Bonn 2017, S. 1. ISSN: 1867-1993. ([Online](#))
- | Manfred Klein: Aktionsplan Open Government Partnership - De Maizière: „Signal für offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln“, Vogel IT-Verlag, Augsburg 17.08.2017. ([Online](#))
- | Hergen H. Riedel: Bund verabschiedet Aktionsplan zum Open Government, in: Springer Professional, Wiesbaden 2017. ([Online](#))
- | Herbert Kubicek: Open Government – Der Zenit ist überschritten, in: Verwaltung & Management, 23. Jahrgang, Heft 4, Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, S. 202 - 212. ISSN 0947-9856. ([Online](#))
- | Bettina Schömig: Bundestagswahl 2017: Open Government im Programm, in: Kommune 21 – E-Government, Internet und Informationstechnik, K21 Media AG, Esslingen 2017. ([Online](#))
- | Bettina Schömig: Bundestagswahl 2017: Parteien setzen auf Digitalthemen, in: Kommune 21 – E-Government, Internet und Informationstechnik, K21 Media AG, Esslingen 2017. ([Online](#))
- | BS: Open Government in den Wahlprogrammen, in: Behörden Spiegel Online, Nummer 853, ProPress Verlag, Bonn 2017, S. 8. ISSN: 1867-1993. ([Online](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

11 Ausblick, Aktivitäten & Termine

- | 12. Oktober 2017 Open Government Tag München 2017 ([Webseite](#))
- | 16. – 17. Oktober 2017 Smart-City-Kongress, Speyer ([Webseite](#))
- | 18. – 20. Oktober 2017 Verwaltungsmodernisierungs-Kongress, Speyer ([Website](#))
- | 27. Oktober 2017 Fachgespräch Monitoring eGovernment, Berlin

- | 09. – 10. November 2017 Smart Government DACHLI, Ulm ([Webseite](#))
- | 10. – 12. November 2017 BarCamp Zukunftsstadt Ulm 2030, Ulm ([Webseite](#))
- | 28. November 2017 "Campaigning and Public Affairs in a Digital Age", Berlin ([Webseite](#))
- | 06. Dezember 2017 Open!2017, Stuttgart ([Webseite](#))
- | 13. Dezember 2017 Zukunftsstadt@BW, Friedrichshafen ([Webseite](#))
- | 22. – 24. Februar 2018 Internationales Rechtsinformatik Symposium 2018 (IRIS2018) Universität Salzburg ([Webseite](#))
- | 06. – 09. März 2018 Multikonferenz Wirtschaftsinformatik 2018, Lüneburg ([Webseite](#))
- | 19. – 20. Juni 2018 Zukunftskongress Staat & Verwaltung, Berlin ([Webseite](#))

↑ **Zum Anfang** ↑

12 Impressum

Anschrift

Prof. Dr. Jörn von Lucke
Zeppelin Universität Friedrichshafen
The Open Government Institute | TOGI
Lehrstuhl für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik
Am Seemooser Horn 20
88045 Friedrichshafen

Kontakt

Telefon | 00 49 7541 6009-1471
Fax | 00 49 7541 6009-1499
e-Mail | joern.vonlucke@zu.de
Web | <http://togi.zu.de>

↑ **Zum Anfang** ↑